

„Eine aktive Bodenpolitik ist erforderlich“

GLH-Fraktionsvorsitzende Monika Maul-Vogt äußert sich im Interview auch zu Neubaugebietsplänen

Von Annette Steininger

Hirschberg. Klare Vorstellungen hat Monika Maul-Vogt (GLH) davon, wie die Entwicklung des künftigen Gewerbegebiets aussehen soll und auch was man bei einem Neubaugebiet beachten müsste. Im RNZ-Jahresinterview erklärt die Fraktionsvorsitzende zudem, warum Zürich ihrer Meinung nach beispielhafte Wohnraumpolitik betreibt.

> Frau Maul-Vogt, wie haben Sie 2021 aus kommunalpolitischer Sicht erlebt?

Es war durchaus turbulent. Corona hat uns alle noch fest im Griff; das soziale Leben, die gesellschaftlichen Kontakte stagnieren. Ich denke, das schlägt sich auch in der Kommunalpolitik nieder. Kommunalpolitik lebt auch von der Kommunikation mit den Bürgern. Zur Gemeinderatsarbeit an sich: Es ist einiges abgearbeitet worden von den Projekten, die wir vor der Brust hatten. Diesbezüglich können wir uns nicht beschweren.

> Das erste Quartal war vom Bürgerentscheid geprägt, bei dem die GLH eine Niederlage einstecken musste, die Mehrheit der Bürger war für das Gewerbegebiet. War es dennoch das richtige Instrument?

Ich würde es gar nicht als Niederlage bezeichnen. Ich würde den Bürgerentscheid, auch mit diesem Ausgang, letztlich als Gewinn für den ganzen Ort bezeichnen. Es wurde klar, wo die Bürger stehen, es war nahezu ein Patt. Das bedeutet, wir müssen auch die kritischen Stimmen berücksichtigen, wenn wir das Gewerbegebiet gestalten.

> Sie haben ja gemeinsam mit der SPD einen Antrag für Leitlinien eingebracht. Welche Akzente wollen Sie gern bei der Erweiterung sehen?

Wir wollen ein neues, innovatives Gewerbegebiet und einen guten, angemessenen, gleichwertigen Ausgleich. Maßnahmen, die Biodiversität gewährleisten, sind sehr wichtig. Die Artenvielfalt muss erhalten bleiben. Zudem sollten wir unbedingt Klimaneutralität anstreben. Wir hatten dazu ja eine Veranstaltung, bei der der Experte gesagt hat: Die Unternehmen suchen so etwas mittlerweile, denn das ist nicht nur wichtig für unsere Zukunft, sondern auch für deren Image. Wenn wir das so umsetzen, dann ist das ein klarer Standortvorteil, den wir für die Firmen schaffen, und keine Gängelung. Was die Erreichung angeht, sollten wir auf graue Energie achten, auf kreislauffähige, recycelbare oder vielleicht sogar recycelte Stoffe. Und wir sollten „wissensintensive“ Firmen dort ansiedeln. Wir müssen auf die Emissionen achten. Und wir sollten schauen, dass es Firmen sind, die in solch ein innovatives Gebiet passen.

> Der Antrag wurde bislang nicht abschließend behandelt, genau wie diejenigen für die Ortsrandstraße und das Neubaugebiet. Hier haben sich die anderen Fraktionen zu Wort gemeldet und auf Behandlung ihrer Anträge gedrängt. Wie haben Sie das als „Unbeteiligte“ empfunden?

Ich fand das nicht angemessen. Wir hatten sehr viele drängende Projekte auf dem

Tisch – und bearbeitet –, das ist bekannt. Und es gab ja auch das Übereinkommen, dass wir diese Anträge erst einmal zurückstellen. Das war schon ein bisschen „Schaufenster“. Wenn es wirklich nur Interesse gewesen wäre, hätte man einfach beim Bürgermeister nachfragen können.

> Ein Neubaugebiet bedeutet genau wie eine Gewerbegebietserweiterung ja wieder Flächenversiegelung. Sind Sie dennoch dafür?

Das Thema wäre ein abendfüllendes Programm (*lacht*). Sie wissen, die GLH steht Neubaugebieten und Flächenversiegelung grundsätzlich kritisch gegenüber. Wir haben diesen Beschluss aber auf dem Tisch, der Antrag der anderen Fraktionen steht ja. Mir ist die Forderung nach einem Neubaugebiet in dieser Form aber zu kurz gedacht. Sie steht nicht am Ende einer fundierten Grundsatzüberlegung. Die Aussage anderer Fraktionen: Ich möchte Neubaugebiete – mittlerweile wird das Wort ja im Plural verwendet –, so viel, so groß und so schnell wie möglich, finde ich erschreckend. Das ist für mich Politik von gestern, das ist Ortsentwicklung von gestern, das ist Wohnraum- und Siedlungspolitik von gestern. Viele andere Städte und Gemeinden haben das inzwischen begriffen.

> Welche zum Beispiel?

Zürich hat 400 000 Einwohner; jetzt hat die Stadt beschlossen, sie will um 100 000 Einwohner wachsen, aber ohne weiteren Flächenverbrauch. Dafür wurden Konzepte entwickelt, die schon in der Umsetzung sind. Was ich damit sagen will: Ich muss mir vorher einen Plan machen. Und nicht einfach beschließen: Weil die Nachbargemeinde ein Neubaugebiet ausweist, will ich das auch. Das ist Neiddenken, das ist Kirchturmdenken, nicht planvolle Entwicklung.

> Wie könnte man es besser machen?

Zukunftsfähige städtebauliche Ortsentwicklung bedeutet: Wo will ich hin, wie will ich mich überhaupt entwickeln, wie groß will ich überhaupt werden, und was brauche ich dafür? Das sind die Fragen, die man sich zuerst stellen muss. Im Sozialbericht der Gemeinde kann man nachlesen, dass es in Hirschberg überproportional viele Einfamilienhäuser und große Wohnungen ab vier Zimmern gibt. Was fehlt, sind zum Beispiel kleinere Wohnungen. Auch das muss man im Blick haben. Und die demografischen Entwicklungen miteinbeziehen, die soziale Komponente berücksichtigen und entscheiden, wie gute Durchmischung aussieht. Außerdem die erforderliche Infrastruktur sowie energie- und klimatechnische Komponenten. Also innovative, zukunftsgerichtete Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer Aspekte. Darüber hat bislang überhaupt keine Diskussion stattgefunden.

> Befürworter argumentieren ja auch gerne mit den Kosten.

Zu sagen, ich will ein Neubaugebiet, damit ich mehr Einwohner habe, damit mehr Geld hereinkommt und ich mir mehr leisten kann, ist an sich auch ein Widerspruch. Ein Neubaugebiet verursacht doch Folgekosten. Angenommen, wir bekommen ein Gebiet wie den „Sterzwinkel“ dazu, müssen wir uns über den nächsten Kindergarten Gedanken machen. Außerdem: Aktuell sanieren wir die Kanäle der Baugebiete von vor 50 Jahren. Weisen wir jetzt immer neue Gebiete aus, um das Geld dann wieder in Kanäle und Straßen unserer Gebiete von vorher zu stopfen zu können? Das durch ein Neubaugebiet eingenommene Geld ist kaum die ultimative Lösung aller Finanzprobleme.

> Was ist die Alternative?

Unbedingt auch in das Bundesbaugesetz schauen. In Paragraph 1 steht der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung. Zuerst ist zu prüfen, wie man innen verdichten kann. Deshalb halte ich es für wichtig, das Leerstandskataster als Grundlage zu nehmen und die innerörtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Selbst wenn man dann doch zu dem Schluss kommt, ein Neubaugebiet zu brauchen, muss man doch mal sehen, was das Baugesetzbuch dafür fordert: nachhaltig, in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, Klimaschutz soll in der Stadtentwicklung gefördert werden und – ganz wichtig – eine sozial gerechte Bodennutzung. In 90 Prozent der Kommunen und Gemeinderäte ist, so befürchte ich, gar nicht angekommen, was das heißt. Sozial gerechte Bodennutzung erfordert aber eine aktive Bodenpolitik.

> Was ist aus Ihrer Sicht aktive Bodenpolitik?

Ich kann nicht einfach ein Neubaugebiet

ausweisen und zusehen, wie die Bodenpreise in die Höhe schießen. Ich muss mir vorher überlegen: Wie will ich diese Prozesse für eine gute städtebauliche Entwicklung steuern? Sicher kann es nicht ausschließlich sozialen oder preisgedämpften Wohnraum geben, aber doch in größerem Umfang. Inzwischen ist das Schlagwort „preisgünstiges Wohnen“ nur noch ein Feigenblatt, auch hier in Hirschberg. Wer im Vorfeld sagt: Ich will ein Neubaugebiet, damit ich möglichst viel Einkommensteuer erziele, hat die Struktur des Gebiets im Grunde schon festgelegt: möglichst viele solvente Bürger und damit eher weniger Wohneinheiten auf einer großen Fläche. Ich wundere mich auch über diese Aussagen der CDU. Im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg ist für 2030 der Netto-Null-Flächenverbrauch ausgewiesen. Ich begreife nicht, dass sich die Hirschberger CDU nicht daran gebunden zu fühlen scheint. Ich habe ein wenig den Eindruck, in den anderen Fraktionen ist teilweise die Einstellung: Jetzt schauen wir mal, dass wir das alles noch schnell hinkriegen, bevor die Deadline kommt.

> Und wie stellen Sie sich die Verteilung im Neubaugebiet prozentual vor?

Da müssen wir uns im Einzelnen darüber unterhalten. Aber es kann nicht sein, dass wir uns nur aufs Mindestmaß beschränken, wie es beim Programm der Land-siedlung angeklungen ist (*mindestens 30 Prozent an bezahlbarem Wohnraum, Anm. d. Red.*). Wir müssen uns über ganz harte Kriterien im originären sozialen Wohnungsbau unterhalten mit entsprechend langen Bindungsfristen, Festlegung der Mietpreise und Mitspracherecht bei den Belegungen. Dazu muss ein Anteil preisgedämpfter Wohnungen kommen.

> Und Sie glauben, dass durch eine Nachverdichtung tatsächlich die große Nachfrage hier in Hirschberg nach Wohnraum zu befrieden wäre?

Die Frage ist: Woher kommt die Nachfrage? Sind es Leute aus dem Ort, die sich verändern wollen, oder Neubürger in spe? Das sind Überlegungen, die am Anfang stehen müssen. Wie viel Zuzug wollen wir letztlich ermöglichen? Wie viel Raum wollen wir für eigene Bürger schaffen? Und natürlich muss man überlegen: Was ist innerörtlich noch möglich und wie? Baulücken schließen? Können Bebauungspläne vielleicht dahingehend verändert werden, dass Verdichtung besser machbar wird? Aber das ist ein Prozess, den wir in Hirschberg noch nicht einmal gestartet haben.

> Der Haushalt 2022 ist nun eingebracht. Wo wird die GLH bei ihren Anträgen Schwerpunkte setzen?

Unsere Anliegen sind klar. Das erschließt sich auch aus den Anträgen der letzten Jahre. Klimaschutz ist mit Sicherheit ein



Wieder mehr auf soziale Aspekte zu schauen, wäre Monika Maul-Vogt wichtig. Foto: Kreutzer

ganz zentrales Thema. Die Förderung für die Stelle des Klimaschutzmanagers wurde bewilligt und wir gehen davon aus, dass er dieses Jahr auch starten kann. Auf jeden Fall sollte das Klimaschutzkonzept mit ehrgeizigen Zielen aufgestellt und erste Maßnahmen ergriffen werden. Schauen wir auf die Vorgaben des Landes: Klimaneutrale Verwaltung bis 2035 ist etwas, mit dem auch wir uns beschäftigen müssen. Die EU redet gerade über verpflichtend klimaneutrale Neubauten ab 2040, und öffentliche Gebäude sollen so gut wie möglich klimaneutral bis 2027 angepasst werden. Das ist die große Herausforderung. Auch der Sanierungsstau muss noch besser aufgelöst werden.

> Stichwort „Alte Villa“?

Das ist ja kein Geheimnis und wäre auch kaum eine Überraschung. Seit Jahren beantragen wir hier immer wieder Gelder für die Sanierung. Seit ich im Gemeinderat bin, heißt es: Eine Sanierung ist dringend notwendig. Und es wird nicht besser, erst recht nicht billiger, je länger wir zuwarten. Dass so etwas mit einem denkmalgeschützten Gebäude wie dem alten Rathaus Am Mühlgraben 1 noch einmal passiert, möchte ich nicht mehr erleben.

> Haben Sie weitere Anträge geplant?

Wir sollten auch wieder mehr auf die sozialen Aspekte im Ort schauen, die sind meines Erachtens ein bisschen ins Hintertreffen geraten.

> In diesem Jahr soll es ja auch mit dem Bau des evangelischen Gemeindehauses gegenüber vom Rathaus losgehen. Als es um den Baubeschluss für den Parkplatz ging, haben Sie dagegen gestimmt. Können Sie noch mal erläutern, was Sie da gestört hat?

Zunächst ist aus unserer Sicht der Baubeschluss zeitlich jetzt noch nicht notwendig gewesen. Um Mittel in den Haushalt einzustellen, hätte es keines Baubeschlusses bedurft. Dann war der Betrag ursprünglich mit knapp 100 000 Euro ausgewiesen. Jetzt stehen wir vor der Ver-

dreifachung. Aus meiner Sicht ist die große Kostensteigerung nicht plausibel erklärt worden. Ich finde schon, dass diese Gesamtkosten zu hinterfragen sind. Und es hat mich sehr erstaunt, dass das außer uns niemand gemacht hat. Ich denke auch, dass man einen Baubeschluss erst fassen sollte, wenn grundsätzliche Dinge geklärt sind wie die Aufteilung der Stellplätze und die Kostenverteilung.

> In der Tat viel Geld für einen Parkplatz.

Ich erinnere daran, dass wir vor zwei Jahren über das „Kulturparkett“ diskutiert haben. Der Beitritt hätte die Gemeinde 2000 Euro gekostet, um ihren einkommensschwächeren Bürgern zu ermöglichen, im Kreis kostenlos Kultur- und Sportveranstaltungen zu besuchen, das war nicht machbar! Und beim Parkplatz werden die immensen Kosten einfach so hingenommen.

> Ihr Fraktionskollege Karlheinz Treiber hat die Jahresabschlussrede in der letzten Gemeinderatsitzung für einen politisch motivierten Vortrag genutzt. War das mit der Fraktion so abgestimmt, und können Sie den Unmut der anderen Fraktionen verstehen?

Darüber sollten Sie mit Karlheinz Treiber sprechen. Er hat sich ja auch schon dazu geäußert.

> Worauf würde denn die GLH beim RNZ-Jahresinterview 2022 gerne stolz zurückschauen?

Dass wir im Klimaschutz ein gutes Stück weitergekommen sind. Und dass wir nicht nur auf fließenden und ruhenden Verkehr schauen, sondern eine Art Verkehrsdialog eröffnen. Dem Fuß- und Radverkehr sollte auch in Hirschberg eine größere Rolle zukommen. Zum Beispiel ist der sichere Schulweg vom unteren Bereich in Großsachsen nach oben zur Schule noch immer nicht umgesetzt. Wünschenswert wäre zudem, dass wir in der Zukunftswerkstatt in der Umsetzung sozialer Aspekte vorankommen.

ANZEIGEN

SALE

ANGEBOTE IN ALLEN ABTEILUNGEN

Marc O'Polo OPUS BOSS HUGO BOSS BRAX FEEL GOOD MARCCAIN LUISA CERANO POLO RALPH LAUREN

www.henschel-heidelberg.de
Henschel Heidelberg GmbH & Co. KG
Hauptstr. 39-43, 69117 Heidelberg



LOKALREDAKTION HIRSCHBERG

So erreichen Sie die Lokalredaktion:

Tel. Redaktion: 0 62 21 - 519 57 34
Fax Redaktion: 0 62 21 - 519 957 34
E-Mail: Hirschberg@rnz.de

- Rathaus.** Nur mit Terminvereinbarung. Erreichbar unter Tel.: 06201/ 5 98 00.
- Olympia-Kino.** 19.45 Uhr Lieber Thomas!
- Kath. Pfarrgemeinde Leutershausen.** 17.55 Uhr Rosenkranzgebet. 18.30 Uhr Messfeier (Gedenken an Alfons und Erna Schneider und der Toten der Woche vom 31. Dezember bis 6. Januar: Ria Rechner 2018, Lothar Reinhard 2014, Gerda Bechtel 2011, Magdalena Szabo 2010, Anna Proissl 2009, Walter Schrödersecker 2008, Elfriede Bastian 2008, Emma Boulanger 2002).
- Kath. Pfarrgemeinde Hohensachsen/Großsachsen/Lützelsachsen.** 9 Uhr Messfeier, Hohensachsen.
- Ev. Kirchengemeinde Großsachsen.** 6.30 Uhr Sitzen in der Stille, Kirche.

NOTDIENSTE

Apothekennotdienst. Hirschberg-Apotheke, Leutershausen, Fenchelstraße 12, Telefon: 0 62 01/ 5 16 48. anzi